

Betreff:

Haushalt 2020

Stellenplan

Organisationseinheit:

Dezernat II

10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

29.01.2020

Beratungsfolge

Finanz- und Personalausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

30.01.2020

Status

Ö

Beschluss:

Die Veränderungen zum Stellenplan 2020 werden dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der Beschlüsse zu den Anlagen zur Annahme empfohlen.

Sachverhalt:

Es wird vorgelegt:

Anlage 7: Fraktionsanträge zum Stellenplan 2020
(Hierzu sind Einzelabstimmungen erforderlich)

In der nunmehr vorgelegten Anlage 7 sind drei zusätzliche Stellenplananträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (laufende Nummern 8-10) aufgenommen worden.

Ruppert

Anlage/n:

Anlage 7: Fraktionsanträge zum Stellenplan 2020

Fraktionsanträge zum Stellenplan 2020 Stellenschaffungen											
Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.	
1	222	10/32/61	BIBS	Alternativer Klimahaushalt: Stärkung des Umweltdezernates Vier Mitarbeiter des Zentralen Ordnungsdienstes werden in den Bereich Umweltschutz versetzt. Die Stellen beim Zentralen Ordnungsdienst werden nicht nachbesetzt. Im Rahmen der Neuordnung der Dezernatstruktur soll der Umweltbereich gestärkt werden. Im Rahmen der auf Landesebene angekündigten Stärkung der Polizei (siehe ndr vom 19.9.19 https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Niedersachsens-Polizisten-sollen-praesenter-werden,polizeistruktur100.html) braucht die Stadt im Bereich "Zentraler Ordnungsdienst" weniger Ressourcen einzusetzen, die an anderer Stelle nötiger sind. Bislang im ZOD eingesetzte, städtische Beschäftigte können so zur Verstärkung im Umweltbereich eingesetzt werden.							
				Planungs- und Umweltausschuss	passiert						
Stellungnahme der Verwaltung: Der Zentrale Ordnungsdienst und die dort angesiedelten Mitarbeiter des Mobilen Umweltdienstes nehmen Aufgaben zur Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wahr, die der Stadt Braunschweig obliegen (s. Mitteilung DS-Nr. 18-09196) und nicht im Aufgabenbereich der Polizei liegen. Eine Verlagerung der Mitarbeiter des Mobilen Umweltdienstes in den Bereich Umweltschutz würde weitere Schnittstellen schaffen und die Einsatzführung beeinträchtigen, sodass eine effektive Aufgabenerledigung eingeschränkt wäre. Im Übrigen liegt die Organisationshoheit gem. § 85 Abs. 3 NKomVG beim Hauptverwaltungsbeamten. Die Verwaltung schlägt daher vor, die bisherige Organisationsstruktur beizubehalten.											

Fraktionsanträge zum Stellenplan 2020 Stellenschaffungen											
Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.	
2	223	10/40	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	<p>Schulbildungsberatung</p> <p>Die im Stellenplan vorhandenen kw-2020-Vermerke für die 1,5 Stellen Schulbildungsberatung werden aufgehoben. Es wird eine weitere Finanzierung oder Co-Finanzierung durch Drittmittel über das Jahr 2020 geprüft. Im Laufe des Jahres 2020 soll ein überarbeitetes Konzept Schulbildungsberatung erarbeitet werden, das diese Aufgabe als dauerhafte Aufgabe vorsieht. Dabei sollen die bisher an der Schulbildungsberatung beteiligten Träger (VHS und Kompetenzagentur) mit einbezogen werden. Es wird geprüft, mittelfristig die Schulbildungsberatung über den Kreis der Neuzugewanderten auszudehnen.</p> <p>Bildung bestimmt wesentlich die Entwicklung und die Chancen eines Menschen in unserer Gesellschaft. Umso wichtiger ist eine umfangreiche Unterstützung und Beratung. Nicht alle jungen Menschen wachsen in einem Umfeld auf, dass ihnen diese Unterstützung im familiären Bereich ermöglicht. Im Sinne der von der Stadt Braunschweig beschlossenen integrierten Schul- und Jugendhilfeplanung ist dies auch eine dauerhafte Aufgabe der Stadt. Ob die Schulbildungsberatung dauerhaft in der jetzigen Form durchgeführt wird, auf andere Personenkreise als Neuzugewanderte erweitert wird, soll im Rahmen einer Konzeptüberarbeitung im Laufe des Jahres 2020 geklärt werden. Personalkapazitäten sind dazu aber auf jeden Fall erforderlich, weshalb die kw-Vermerke schon jetzt aufgehoben werden sollten. Damit kann Planungssicherheit geschaffen werden.</p>							
				Schulausschuss	11	4	1				
Stellungnahme der Verwaltung: Die Planstellen für die Schulbildungsberatung stehen im Haushaltsjahr 2020 zur Verfügung. Über die Fortführung der Schulbildungsberatung soll in 2020 ein gesonderter Ratsbeschluss erfolgen (s. DS 19-11719). Eine Entscheidung über die kw 2020-Vermerke sollte daher im Rahmen dieses gesonderten Ratsbeschlusses erfolgen. Sollte im Rahmen der Evaluation eine Fortführung beschlossen werden, so könnte auch eine Weiterbeschäftigung der Dienstkräfte erfolgen.											

Fraktionsanträge zum Stellenplan 2020
Stellenschaffungen

Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.	
3	224	10/61	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	<p>Stellenausstattung für den neuen Fachbereich 68 Umweltschutz</p> <p>Im Jahr 2020 wird der Stellenplan des neu zu gründende Fachbereichs 68 Umwelt mit mindestens drei fachlich qualifizierten Stellen in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz ausgestattet. Die Verwaltung wird gebeten, möglichst in Abstimmung mit dem neuen Dezernenten / der neuen Dezernentin Vorschläge für eine konkrete Einordnung dieser Stellen zu machen und diesen Vorschlag bis zur Beratung des Haushalts 2020 im Finanz- und Personalausschuss vorzulegen.</p> <p>Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters wird es im Jahr 2020 zu einer Neuordnung der Dezernatsverteilung kommen. In diesem Jahr soll die bisherige Abteilung 61.4 Umweltschutz, Umweltplanung aufgewertet und in den neuen Fachbereich 68 Umwelt überführt werden. Da zu erwarten ist, dass damit auch eine Ausweitung der Aufgaben insbesondere im Bereich des Klimaschutzes einhergeht, ist eine moderate Aufstockung der Stellen in diesem Bereich geboten.</p>							
				Planungs- und Umweltausschuss	passiert						
Stellungnahme der Verwaltung: Nach derzeitigen Sachstand wird das Dezernat VIII Mitte 2020 eingerichtet. Die Priorisierung und Schwerpunktsetzung im Bereich Umwelt- und Klimaschutz sollte dem Dezernenten VIII obliegen. Sollte ein erhöhter Bedarf auftreten, auf den zwingend kurzfristig reagiert werden muss, könnte hier kurzfristig im Rahmen der allgemeinen Bestimmungen zum Stellenplan reagiert werden. Im Hinblick auf die wahrzunehmenden Aufgaben und damit eine mögliche Eingruppierung ist der Antrag zu unkonkret. Bei Einrichtung von drei Planstellen der EGr. 11 würden z. B. jährliche Personalkosten i. H. v. 180.100 € anfallen. Bei unterjähriger Besetzung fällt ein entsprechender Anteil an.											
4	225	10/61	BIBS	<p>Schaffung von Stellen zum Erhalt und Ausbau der Grünlandbewirtschaftung</p> <p>Für den Erhalt und Ausbau der nachhaltigen Grünlandbewirtschaftung sollen langfristig Stellen in der Stadtverwaltung geschaffen werden.</p> <p>Die ganzjährig beweideten Flächen (bisher nur Schunteraue) müssen auf die Oker ausgedehnt werden. Dies erfordert langfristig die Schaffung zusätzlicher Stellen in der Stadtverwaltung, um die Arbeit des Förderkreises Umwelt- und Naturschutz Hondelage zu unterstützen.</p>							
				Planungs- und Umweltausschuss	passiert						
Stellungnahme der Verwaltung: Der verwaltungsintern abgestimmte und über den Gesamtstellenplanentwurf 2020 abgebildete Stellenbedarf spiegelt die unter den gegebenen Rahmenbedingungen vorgenommene Abwägung zwischen den Bedarfen der Organisationseinheiten ab.											

Fraktionsanträge zum Stellenplan 2020 Stellenschaffungen											
Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.	
5	226	10/61	BIBS	Verordnung zur Sicherstellung von Naturdenkmalen Zur schnellen Aktualisierung der Verordnung zur Sicherstellung von Naturdenkmalen in der Stadt Braunschweig vom 19. Mai 1978 wird eine Stelle im zuständigen Fachbereich geschaffen. Seit 2017 teilt die Verwaltung immer wieder mit, sie beabsichtige die Überarbeitung dieser Verordnung. Bislang ist dies aber nicht geschehen, sodass zur nunmehr schnellen Umsetzung eine zusätzliche Stelle geschaffen werden soll.							
				Planungs- und Umweltausschuss	passiert						
Stellungnahme der Verwaltung: Der verwaltungsintern abgestimmte und über den Gesamtstellenplanentwurf 2020 abgebildete Stellenbedarf spiegelt die unter den gegebenen Rahmenbedingungen vorgenommene Abwägung zwischen den Bedarfen der Organisationseinheiten ab.											
6	227	10/67	BIBS	Einrichtung eines Landschaftspflegehofes vom Fachbereich Stadtgrün und Sport Die Mitarbeiterzahl im Fachbereich Stadtgrün und Sport soll im Einvernehmen mit den Naturschutzverbänden, deren Biotoppflegearbeiten unterstützt werden sollen, in angemessenem Umfang erhöht werden, um damit einen Landschaftspflegehof einzurichten. Ehrenamtliche Mitarbeiter von Naturschutzverbänden wie BUND und Nabu sollen dadurch unterstützt werden.							
				Grünflächenausschuss	zurückgezogen						
Stellungnahme der Verwaltung: Im Hinblick auf die wahrzunehmenden Aufgaben und damit eine mögliche Anzahl von Planstellen sowie die Eingruppierung ist der Antrag zu unkonkret. Eine Aussage zu möglicherweise erforderlichen zusätzlichen Personalkosten kann nicht erfolgen.											

Fraktionsanträge zum Stellenplan 2020 Stellenschaffungen											
Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.	
7	262	10/50	DIE LINKE	<p>Angemessene Sozialarbeit in der Wohnungslosenunterkunft "An der Horst"</p> <p>Die Stellen für Sozialarbeit in der Gemeinschaftsunterkunft "An der Horst" werden von derzeit 2,5 auf 5 Stellen erhöht.</p> <p>In der Wohnungslosenunterkunft "An der Horst" werden bis zu 66 wohnungslose Männer in 39 Wohneinheiten untergebracht. Für diese Menschen stehen 3 Sozialarbeiterinnen (Stellenumfang 2,5) zur Verfügung. Bis 2012 waren es sogar nur 1,5 Stellen. Erst nach einem Antrag der Linksfraktion wurde eine weitere Stelle geschaffen.</p> <p>Als Beispiel für eine angemessene Betreuung kann das Diakonie-Heim "Am Jödebrunnen" dienen. Hier ist das Konfliktpotential erheblich geringer, weil die Ausstattung - und damit die Zufriedenheit der Bewohner - deutlich besser ist. Es gibt nur Einzelzimmer mit Kabel TV in abgeschlossenen Wohneinheiten und mit eigenem Sanitärbereich. Mehr als die Hälfte der Zimmer verfügt über eine Selbstverpflegungsmöglichkeit. Der Standard in der städtischen Unterkunft ist davon weit entfernt.</p> <p>Aber nicht nur das Konfliktpotential, sondern auch die Zahl der Bewohner ist "Am Jödebrunnen" deutlich niedriger. Hier werden bis zu 50 wohnungslose Männer untergebracht.</p> <p>Und zusätzlich zum besseren Standard und zur geringeren Belegung hält die Diakonie auch noch insgesamt 5 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter vor. Die Sprechzeiten betragen auch nicht nur 2-4 Stunden pro Tag (An der Horst), sondern 12 Stunden an jedem Tag (Am Jödebrunnen).</p> <p>Vor dem Hintergrund, dass es die Gemeinschaftsunterkunft seit 7 Jahren eigentlich gar nicht mehr geben dürfte (Ratsbeschluss dezentrale Unterkünfte) und es jede Woche zu massiven Konflikten kommt, sollte die Anpassung der Sozialarbeit eine Selbstverständlichkeit sein.</p>							
Ausschuss für Soziales und Gesundheit					passiert						
Stellungnahme der Verwaltung: Es handelt sich um die Ausweitung einer freiwilligen Aufgabe. Bei Einrichtung von zweieinhalb Planstellen der EGr. S 11b für zusätzliche Sozialarbeit in der Gemeinschaftsunterkunft "An der Horst" würden jährliche Personalkosten i. H. v. 158.700 € anfallen. Bei unterjähriger Besetzung fällt ein entsprechender Anteil an.											
Im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 19. Dez. 2019 wurde seitens der Politik auf eine neue Gesetzeslage hingewiesen, wonach zukünftig eine höhere Förderung durch Landesmittel erfolgen soll. Die Verwaltung sollte hierzu im FPA eine rechtliche Einschätzung vorlegen. Im Bereich der Hilfen nach § 67 SGB XII ist mit Wirkung zum 01.01.2020 u. a. eine Zuständigkeitsänderung und damit einhergehend ein verändertes Abrechnungssystem eingetreten. Dies führt nach Einschätzung der Verwaltung aber nicht dazu, dass zusätzliche Stellen finanziert werden können.											

Fraktionsanträge zum Stellenplan 2020 Stellenschaffungen											
Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.	
8	270	10	SPD	Digitalisierung In der Stellenreserve werden zwei zusätzliche Stellen mit einer Eingruppierung bis zu EGr. 14 für den Aufgabenbereich "Digitalisierung" im Dezernat II bereitgestellt. Die Verwaltung wird ermächtigt, über die Inanspruchnahme der Stellenreserve zu entscheiden. Der Rat ist über die konkrete Inanspruchnahme zu unterrichten. In der Vorlage 19-11190 "Neuordnung der Dezernatsverteilung", die der Rat am 25.06.2019 beschlossen hat, werden einige wesentliche Herausforderungen für das Dezernat II genannt, u. a. die Digitalisierung. Diese wichtige Aufgabe kann nur mit zusätzlichem Personal erledigt werden.							
Stellungnahme der Verwaltung: Die Stellenreserve wurde eingerichtet, um auf unterjährige zwingende Stellenbedarfe reagieren zu können, ohne einen Nachtragshaushalt erstellen zu müssen. Im Rahmen der Flüchtlingskrise wurde die Stellenreserve zum Stellenplan 2016 massiv aufgestockt und umfasst nunmehr insgesamt 112 Planstellen. Die Darstellung der Stellenreserve und der vorhandenen Werte ergibt sich aus dem förmlichen Stellenplan, der zur Beschlussfassung in VA und Rat am 18. Februar 2020 vorgelegt wird. In der Stellenreserve sind 5 Planstellen der EGr. 14 vorhanden. Sollte im Rahmen der Digitalisierung ein unterjähriger zwingender Stellenbedarf entstehen, so könnte dieser aus der vorhandenen Stellenreserve gedeckt werden. Eine weitere Schaffung von Planstellen in der Stellenreserve wird von der Verwaltung daher als nicht erforderlich angesehen.											

Fraktionsanträge zum Stellenplan 2020 Stellenschaffungen											
Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.	
9	271	10/41	SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Ausstellungshalle - Städtische Galerie halle267</p> <p>Bei der Stelle 05760 "Sachbearbeiter/in Ausstellungshalle" EGr. 8 wird der kw2020-Vermerk gestrichen.</p> <p>Zur Begründung wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Haushaltsanfrage A020 der SPD-Fraktion verwiesen: "Der Weiterbetrieb der halle267 hängt grundsätzlich vom Fortbestand der Stelle 05760 ab. Ohne diese personelle Minimalsausstattung sind die organisatorischen Aspekte wie u. a. die Vertragsschließung mit Mietern und Künstlern, die Gremienbetreuung, die Unterstützung der Bewerber, der Kontakt zu den Ausstellenden, Konzeption und Umsetzung von Begleitangeboten und die Koordinierung der Ausstellungsaufsichten nicht abzudecken. Der kw-Vermerk müsste bereits im Haushalt 2020 gestrichen werden, da der Planungsvorlauf der Belegung der halle267 jeweils ein Jahr beträgt. Ohne Streichung des kw-Vermerks im Haushalt 2020 müsste die halle267 bereits im Jahr 2021 den Betrieb einstellen." Am 30.11.2018 wurde dem AfKW ein Evaluationsbericht zur halle267 vorgestellt. Im Protokoll heißt es: "Der Ausschuss positioniert sich positiv zum vorgetragenen Evaluierungsbericht und bittet die Verwaltung, das im Jahr 2017 beschlossene Konzept (Drs.-Nr. 17-04428) in diesem Sinne fortzusetzen."</p>							
<p>Stellungnahme der Verwaltung:</p> <p>Für das Haushaltsjahr 2020 steht die Planstelle vollumfänglich zur Verfügung und ist auch in der Personalkostenplanung berücksichtigt.</p> <p>Durch den Wegfall des kw-Vermerkes wird einerseits eine freiwillige Aufgabe auf Dauer etabliert, andererseits würde sich jedoch eine Planungs- und Betriebssicherheit für die "halle267" über 2020 hinaus ergeben.</p> <p>Auf die Stellungnahme der Verwaltung zu der Anfrage A 020 wird verwiesen.</p>											

Fraktionsanträge zum Stellenplan 2020 Stellenschaffungen											
Lfd. Nr.	Seite der Anträge	Beteiligte FB/Ref.	Antragsteller/ Nr. des Hh-Kons.	Bezeichnung	Abstimmungsergebnis Fachausschüsse			Abstimmungsergebnis Finanz- und Personalausschuss			Anmerkung der Verwaltung
					dafür	dagegen	Entha.	dafür	dagegen	Entha.	
10	272	10	SPD	<p>Fachbereich 68 Umweltschutz</p> <p>In der Stellenreserve werden drei zusätzliche Stellen mit einer Eingruppierung bis zu EGr. 12 für den Fachbereich 68 Umweltschutz bereitgestellt.</p> <p>Die Verwaltung wird ermächtigt, über die Inanspruchnahme der Stellenreserve nach Einrichtung des Dezernats VIII zu entscheiden. Der Rat ist über die konkrete Inanspruchnahme zu unterrichten.</p> <p>Mit diesem Antrag sollen die Anliegen der vorliegenden Stellenplananträge der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und BIBS unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Verwaltung aufgegriffen werden.</p>							
Stellungnahme der Verwaltung:											
Die Stellenreserve wurde eingerichtet, um auf unterjährige zwingende Stellenbedarfe reagieren zu können, ohne einen Nachtragshaushalt erstellen zu müssen. Im Rahmen der Flüchtlingskrise wurde die Stellenreserve zum Stellenplan 2016 massiv aufgestockt und umfasst nunmehr insgesamt 112 Planstellen. Die Darstellung der Stellenreserve und der vorhandenen Werte ergibt sich aus dem förmlichen Stellenplan, der zur Beschlussfassung in VA und Rat am 18. Februar 2020 vorgelegt wird. In der Stellenreserve sind 10 Planstellen der EGr. 12 vorhanden. Sollte im Rahmen des Umweltschutzes ein unterjähriger zwingender Stellenbedarf entstehen, so könnte dieser aus der vorhandenen Stellenreserve gedeckt werden. Eine weitere Schaffung von Planstellen in der Stellenreserve wird von der Verwaltung daher als nicht erforderlich angesehen.											